

Beschlussvorlage

zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**

Betreff

**Haushaltsstrukturanalyse
hier: Beschlussvorschlag zum Vorschlag 66.2 - Vergabe des Betriebs der städtischen
Lichtsignalanlagen**

Beschlussorgan
Finanzausschuss

Beratungsfolge	Abstimmungsergebnis							
	Gremium	Datum/ Top	zugestimmt Änderungen s. Anlage Nr.	abge- lehnt	zu- rück- ge- stellt	verwiesen in	ein- stim- mig	mehr- heitlich gegen
Verkehrsausschuss	10.03.2009	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>	
Finanzausschuss	23.03.2009	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>	

Beschlussvorschlag einschl. Deckungsvorschlag, Alternative

1. Der Finanzausschuss beschließt, den im Rahmen der Haushaltsstrukturanalyse durch die Firma Kienbaum vorgelegten Vorschlag 66.2 – Vergabe des Betriebs der städtischen Lichtsignalanlagen (LSA) an einen privaten Betreiber – nicht zu realisieren und entbindet damit die Verwaltung von der Verpflichtung ab dem Haushaltsjahr 2008 ff Einsparungen von 850.000 € jährlich zu erreichen. Das Amt für Straßen und Verkehrstechnik wird beauftragt, das Erneuerungsprogramm sowie das Programm alternative Betriebsformen mit Nachdruck umzusetzen, die Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren und in einem Jahr über die Ergebnisse zu berichten.
2. Der Finanzausschuss bittet die Verwaltung den ggf. erforderlichen Mittelbedarf für den durch die Herstellermischung verursachten höheren Aufwand beim Betrieb der LSA sowie den damit verbundenen Qualitätssicherungsmaßnahmen und die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit zu prüfen und darzustellen.

Alternative

Der Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, für die Umsetzung des Vorschlags 66.2 – Vergabe des Betriebs der städtischen Lichtsignalanlagen an einen privaten Betreiber – durch einen Gutachter detaillierte belastbare Aussagen ermitteln zu lassen und die Ergebnisse dem Verkehrsausschuss vorzustellen.

Haushaltsmäßige Auswirkungen

<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> ja, Kosten der Maßnahme _____ €	Zuschussfähige Maßnahme ggf. Höhe des Zuschusses _____ %	<input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja _____ €	Jährliche Folgekosten a) Personalkosten b) Sachkosten _____ € _____ €
Jährliche Folgeeinnahmen (Art, Euro) _____		Einsparungen (Euro) _____		

Problemstellung des Beschlussvorschlages, Begründung, ggf. Auswirkungen

Die Unternehmensberatung Kienbaum hat im Rahmen ihrer Maßnahmenvorschläge zur Haushaltsstrukturanalyse unter Ordnungsnummer 66.2 folgende Empfehlung gegeben, welcher der Stadtvorstand mit Beschluss vom 09.01.2007 zugestimmt hat:

66.2 – Vergabe des Betriebs der städtischen Lichtsignalanlagen an einen privaten Betreiber

Vergabe des Betriebs der städtischen Lichtsignalanlagen (Ampeln) an einen privaten Betreiber: Vergabe der Aufgaben Umbau/Erneuerung/Änderung LSA (Produkt 8); Betrieb und Unterhaltung LSA/VLZ (Produkt 13, bis auf PU und PSA), Fahrbahnmarkierungen und Beschilderungen an (private) Betriebsführungsgesellschaft (Braunschweiger Modell mit Personalüberleitung) [Optimierungspotenzial nach dem Beispiel Stadt Braunschweig: Einsparung von 15 % der derzeitigen Kosten in Eigenleistung (15 % (10,7 + 0,5) = 1,7 Mio. €), Zielsetzung: Energiekosten und Einkauf LSA: Einsparung von 10 % - 15 % (z. B. durch Aufgabe von Einzelvereinbarungen je Anlage); Optimierung Verwaltungs- und Personalkosten: Optimierung um 15 % - 20 %; Einsparvolumen abhängig von gewähltem Betreibermodell und Vertragsform].

Mit Beschluss des Haushaltsplans 2007 am 13.02.2007 macht sich der Rat diesen Vorschlag zu Eigen.

Der Finanzausschuss hat in der Sondersitzung vom 18.01.2007 zur Haushaltsstrukturanalyse unter der Ordnungsnummer 66.2 der Beurteilung durch das Amt für Straßen und Verkehrstechnik mit folgender Formulierung zugestimmt:

Dem Vorschlag kann grundsätzlich zugestimmt werden. Vor Ausschreibung dieser Leistung für den freien Markt sind jedoch im Detail die Erfahrungen in den Städten Braunschweig und Berlin, die diesen Schritt bereits gegangen sind, zu untersuchen, deshalb ist der von Kienbaum genannte Einspareffekt fraglich.

Die Verwaltung hat in der Folgezeit die Kölner Ausgangslage den zwei Modellen der Städte Berlin und Braunschweig im Rahmen mehrerer Bereisungen und Gesprächen mit den dortigen Verwaltungen sowie die beauftragten Unternehmen gegenübergestellt. Weitere Beispiele existieren derzeit in Deutschland nicht.

Die Annahmen von Kienbaum sind aufgrund der Kürze des damaligen Prüfungszeitraumes und der seinerzeit fehlenden Erkenntnisse/Erfahrungen der verglichenen Modelle nach heutigem Wissensstand nicht mehr haltbar. Dies wurde von Kienbaum tendenziell schon bestätigt, da in Gesprächen mit der Amtsleitung die Erwartungshaltung hinsichtlich des Einsparungspotentials mündlich bereits deutlich reduziert wurde.

Durch den Vorschlag der Firma Kienbaum sollten Kosten in Höhe von 850.000 € jährlich einzusparen sein. Dies hat sich als nicht realisierbar herausgestellt.

Sachstand Berlin

Die Firma NUON ist Generalübernehmer (GÜ) für die öffentliche Beleuchtung, Lichtsignalanlagentechnologie sowie Lichtarchitektur der Stadt Berlin. NUON beauftragt zur Leistungserbringung ihrerseits aufgrund vertraglicher Festlegung Fachfirmen. Bezüglich Lichtsignalanlagen (LSA) gibt es einen vertraglich festgelegten Erneuerungsbedarf von 618 der insgesamt ca. 2.000 Anlagen. Dabei ist der technische Fortschritt der letzten 30 Jahr aufzuholen. Der Vertrag schließt eine Verkehrsrechnererneuerung einschließlich der erforderlichen Anpassungsarbeiten der Datennetzstrukturen (Tiefbauarbeiten) aus. Dieser muss, wie die Anpassung der Signalprogramme an die geänderten Verkehrsverhältnisse gesondert beauftragt und finanziert werden. Laut Aussage der Leitung der Verkehrslenkung Berlin (VLB) wurde im Planungsbereich keine Verfahrensbeschleunigung erreicht, obwohl der GÜ eine größere Anzahl von Mitarbeiter einsetzt als ursprünglich vorgesehen. Besonders kritisch ist zu sehen, dass die Qualität der Leistungserbringung (z. B. verkehrsabhängige Steuerung im Planungsprozess) nicht vertraglich vereinbart wurde und für jeden Einzelfall gesondert vergütet werden muss. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis 2015.

Die Kosten der Senatsverwaltung für Unterhaltung (ohne Energiebedarf) und Neubau von LSA betragen 13,3 Mio. €/a. Sie sind ebenso hoch wie vor der Privatisierung. Anteilige Personalkosten sind um ca. 30 % zurückgegangen. Es ist zu beachten, dass das Kostenvolumen Maßnahmen zur ÖPNV - Priorisierung, Barrierefreiheit und der Unfallkommission nicht berücksichtigt. Ein Vorteil für Berlin ergibt sich durch Einsparungen bei der Modernisierung von LSA und Verkehrsrechnern. Darüber hinaus sind in Berlin vor der Privatisierung eine große Anzahl von LSA ausgefallen und waren über Wochen und Monate nicht in Betrieb. Erhebliche Sicherheitsdefizite waren die Folge.

Sachstand Braunschweig

In Braunschweig tritt die Firma BELLIS als Generalübernehmer für Lichtsignalanlagentechnologie, Beleuchtung, Markierung, Beschilderung, Parkbetriebsservice und Verkehrsmanagement auf.

Übergeleitet wurde aus der Abteilung 66.5 (Verkehrsanlagen und Verkehrsmanagement) mit ehemals 65 Mitarbeitern der Betrieb der öffentlichen Beleuchtung, des Verkehrsmanagements und der Verkehrstechnik. Der Bereich Verkehrstechnik beinhaltet dabei Lichtsignalanlagentechnik, Parkleitsystem, Parkraummanagement, Beschilderung (inklusive Wegweisung), Markierung und Betrieb des Bauhofes.

Die Aufgaben der Gesellschaft beinhalten Planung, Bau/Rückbau, Betrieb, Material- und Energiebeschaffung, Instandhaltung, Wartung und Störungsbeseitigung für alle o.g. Leistungsbilder. Der übergeleitete Anlagenbestand umfasste ca. 33.000 Lichtpunkte sowie 200 LSA mit zwei Verkehrsrechnern, 53 dynamische Leiteinrichtungen und 120 Wegweisertafeln. Diese Infrastruktur wurde mit eigenem Personal geplant, montiert und gewartet. Die Personalkosten betragen ca. 3,1 Mio. €/a.

In die Gesellschaft übergeleitet wurden 52 Mitarbeiter, weitere 10 in andere Positionen der Stadt umverteilt. Drei Mitarbeiter nehmen heute die hoheitlichen, konzeptionellen und kontrollierenden Aufgaben wahr und sind die Schnittstelle zu der Gesellschaft BELLIS. Die Gesellschaft BELLIS erhält monatliche Abschlagszahlungen des Leistungsentgeltes für die vertrag-

lich geregelten Aufgaben (nicht enthalten sind: Neubau, Sonderprojekte, Maßnahmen bei zusätzlichen Veranstaltungen, Erhöhung des Qualitätsniveaus, Austausch von mehr als zwei Steuergeräten pro Jahr, ebenso mehr als zwei Blindenausstattungen von Signalanlagen pro Jahr). Änderungen der Preisindizes sind vereinbart. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 20 Jahren.

Der Budgetanteil LSA beläuft sich in Braunschweig auf 2,7 Mio. €. Haushaltstechnisch ergab sich in Braunschweig nach Überleitung 2006 eine Budgetreduzierung gegenüber dem Planungsansatz von 0,7 Mio. €. Da keine differenzierte Ausweisung der einzelnen Leistungsbilder vorgesehen ist, schätzt Braunschweig den Anteil LSA auf ca. 250.000 €. Diese Verbesserung wird im Fall von Überschreitung der festgelegten Mengen z. B. durch Erneuerung von Steuergeräten oder ergänzende Blindenausstattungen reduziert.

Es wurde seitens der Stadt Braunschweig hervorgehoben, dass der Kompetenzerhalt in der Verwaltung zu Doppelstrukturen führt. Know-how und Erfahrungen der Verwaltung sowie Praxisbezüge gehen zum Teil verloren. Durch die weiterhin bestehende verkehrsrechtliche Einflussnahme durch die Verwaltung ist der Entscheidungsspielraum für die Selbstständigkeit der Handlungen des privaten Investors stark gemindert. Demgegenüber steht, dass Ansprüche anderer Signalbaufirmen ausgeschlossen sind, da die Stadt Braunschweig ausschließlich mit Siemens-Produkten ausgestattet ist.

Sachstand Köln

Die Ergebnisse für Köln resultieren aus einer schon frühzeitig vorgenommenen Verschlan-
kung durch Auslagerung von Montage- und Wartungsarbeiten sowie einem schon sehr frühen Einsatz von Energiespartetechnologien (10 Volt-Anlagen). Die durch städtische Mitarbeiter durchgeführten Planungsleistungen führen in Köln dazu, dass sowohl die Steuerungshoheit als auch das planerische und operative Know-how erhalten bleibt. In Köln sind derzeit 11,5 Mitarbeiter im Sachgebiet Planung und Ausführung von Lichtsignalanlagen tätig. Weitere kostensenkende Auswirkungen sind im gleichen Zusammenhang durch Ausschreibungen signaltechnischer Systeme unter Berücksichtigung der neuen OCIT-Schnittstellen (Open Communication Interface für Traffic Control Systems) zu erwarten, durch die der Wettbewerb auf eine breitere Basis gestellt wird. Die damit verbundene Herstellermischung bedeutet aber auch eine wesentlich höhere Verantwortlichkeit des Betreibers (hier: Amt für Straßen und Verkehrstechnik) hinsichtlich der operativen Geschäfte und strategischen Ausrichtung der LSA und deren Qualitätssicherung. Eine wettbewerbsfördernde Herstellermischung liegt nicht im Interesse eines GÜ, da die laufenden Geschäftskosten hierdurch steigen.

Wesentlich verbessert wird die finanzielle und verkehrliche Gesamtsituation durch das vom Rat bereits beschlossene Erneuerungsprogramm LSA, dessen erste Auswirkungen in 2009 erwartet werden. Die Spareffekte werden dabei durch eine energieeffiziente Technologie erzielt. Verkehrliche Optimierungen durch flexiblere Programmgestaltung und -auswahl, die Gesichtspunkte der Barrierefreiheit sowie Anforderungen des Fußgänger- und Radverkehrs finden ebenso Berücksichtigung.

Kostensenkend wirkt sich in hohem Maße das „Programm Alternative Betriebsformen“ mit dem Abbau von LSA bei Beibehaltung des erforderlichen Sicherheitsniveaus aus. Die Umsetzung dieses Programms wäre durch eine Privatisierung der Signaltechnik erschwert.

Insbesondere das Beispiel Braunschweig zeigt, dass durch eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit mit Erfolg mehr Verständnis für den signaltechnischen Regelungsbedarf zu erreichen ist. Deshalb soll ein Konzept entwickelt werden, welches den gesamten Leistungsumfang des Sachgebietes LSA-Technologie öffentlichkeitswirksam darstellen soll.

Vergleichsergebnis

Das Vergleichsbudget Köln betrug in 2006 5,5 Mio. €

Mit Hilfe der vorliegenden Daten aus Berlin (2007), Braunschweig (2006) und der KLR 2006 aus Köln wurden im Rahmen einer Vergleichsrechnung die mittleren Kosten je LSA ermittelt:

	Vergleichsbudget 2006 in Mio. €	Anzahl LSA Stück	Kosten/LSA/a €	LSA je Mitarbeiter	Personal- einsatz der Verwaltung
Braunschweig	2,7	200	13.500	66	3
Köln	5,5	*925	5.900	80	11,5
Berlin	13,3	2.050	**6.500	79	26

* in Baulast der Stadt Köln

** ohne ÖV-Beschleunigung, Blinden-LSA, Beseitigung Unfallhäufungspunkte

Der wirtschaftliche Vergleich zwischen Köln auf der einen Seite und Braunschweig und Berlin auf der anderen Seite zeigt, dass in Köln bereits heute kostengünstiger gearbeitet wird als in den Vergleichsstädten. Dennoch werden auch in Zukunft die dargestellten erheblichen Anstrengungen unternommen, um den wirtschaftlichen Vorteil nicht zu verlieren. Darüber hinaus haben Gespräche gezeigt, dass in Bereichen, wie z. B. Öffentlichkeitsarbeit und Qualitätssicherung, in Köln durchaus Optimierungsbedarf besteht.

Aufwandsabschätzung für Variante Leistungsvergabe

Für die Vergabe der Leistungen an und die Kooperation mit einem privaten Betreiber im Rahmen eines strukturierten Verfahrens ist von einem Zeitraum von mindestens drei Jahren auszugehen.

Zunächst ist der Nutzen bzw. Einspareffekt auf der Basis realistischer Zahlen unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse gutachterlich zu untersuchen. Dabei ist auch die durch die Beibehaltung der hoheitlichen Aufgaben und des Kompetenzerhaltes bedingte Auswirkung von Doppelstrukturen zu berücksichtigen.

Für eine Vertragslaufzeit von 10 Jahren ist eine europaweite Ausschreibung durchzuführen.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass in Köln die Aufwendungen für die Signalanlagen heute mindestens 10 % - 15 % günstiger betrieben werden als in den Vergleichsstädten. Daher kann eine Privatisierung nicht empfohlen werden.

Um den wirtschaftlichen Vorsprung auszubauen oder aber zumindest zu halten, empfiehlt die Verwaltung folgendes Vorgehen in der Zukunft:

1. Intensive Weiterverfolgung des Projektes Ersatz von Lichtsignalanlagen (Ampeln) durch andere Bauformen (z. B. Kreisverkehre).
2. Zügige Umsetzung des bereits aufgelegten Erneuerungsprogramms von Lichtsignalanlagen, um einen energieeffizienteren Betrieb sicherzustellen sowie den Einstieg in eine

umweltsensitive Signalsteuerung zu ermöglichen.

3. Alle Anstrengungen zu unternehmen, den Wettbewerb in der Signaltechnik auszuweiten (Stichwort offene Schnittstellen OCIT).
4. Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Signaltechnik.

Weitere Erläuterungen, Pläne, Übersichten siehe Anlage(n) Nr.